

Gastkommentar. Die neue Regierung in Deutschland ist ein Zweckbündnis, keineswegs ein wegweisendes Projekt.

Ist ein Wandel in Berlin realistisch?

VON ECKHARD JESSE

Was viele nicht nur in Deutschland bewegt: Wird die neue Regierung, geführt von der SPD und ihren Juniorpartnern, den Grünen wie den Liberalen, funktionieren und eine politische Wende einleiten? Das Motto der Koalitionsvereinbarung „Mehr Fortschritt wagen“ ruft Erinnerung an die Regierungserklärung Willy Brandts, „Mehr Demokratie wagen“, von 1969 wach. Und die drei Untertitel „Freiheit“, „Gerechtigkeit“, „Nachhaltigkeit“ stehen jeweils symbolhaft für einen Koalitionspartner.

Diese Koalition besteht aus drei Parteien, die mit ihren Positionen keineswegs in eine Richtung zielen. Die FDP wollte ein Bündnis mit der Union (und gegebenenfalls den Grünen), aber nach dem Absturz der Union, die aufgrund eigener Fehler nicht mehr zur stärksten Kraft zu avancieren vermochte, war dies politisch unmöglich, zumal die Grünen auf ein Bündnis mit der SPD drängten.

Wechsel? Wohl kaum!

Während die einen nun auf einen grundlegenden Wechsel hoffen, befürchten ihn die anderen. Aber ist das realistisch? Wohl kaum! Der Text des Koalitionsvertrages erhellt eine Vielzahl an Kompromissen und Absichtserklärungen. Die Liberalen haben dabei augenscheinlich ihre Interessen gut durchgesetzt (Besetzen zentraler Ministerien, keine Aufnahme von Schulden, kein Tempolimit auf Autobahnen). Wie Wolfgang Schäuble in seiner klugen Rede als Alterspräsident darauf hingewiesen hat, kommen Herausforderungen oft so überraschend, Covid-19 ist dafür bloß ein Beispiel, dass der politische Alltag das Abarbeiten von Koalitionsverträgen ohnehin erschwert.

Es handelt sich bei der neuen Koalition in Deutschland um ein Zweckbündnis, keineswegs um ein wegweisendes Projekt, entgegen aller geäußerten Vollmundigkeit. Dafür sind die Ziele der

Beteiligten zu unterschiedlich. Zum einen war die SPD in der bisherigen Koalition Juniorpartner, zum anderen steht eine der beiden neuen Regierungsparteien, die FDP, der Union näher als der SPD, schon allein in wirtschaftlichen Fragen. Allerdings hat das insgesamt zügige Zustandekommen ohne die üblichen „Durchstechereien“ den ernsthaften Willen zur gedeihlichen Zusammenarbeit demonstriert. Doch die „Mühen der Ebene“ lassen von einem Aufbruch wenig spüren. Wenn linke Anhänger der SPD und die Grünen bedrängen, doch mehr von den eigenen Prinzipien umzusetzen, so lautet das Argument, die FDP bremse, ganz unabhängig davon, ob nun vorgeschoben oder nicht. Diese Koalitionsparteien sind zum Erfolg verdammt, da die Mehrheiten für eine Alternative zur jetzigen Regierung fehlen.

Was nahe liegt: Die Wahl 2021 stellt ebenso einen Einschnitt dar wie die von 1969. Dies gilt allerdings nicht für das politische System, sondern für das Koalitionsgefüge. Seinerzeit war es der SPD gelungen, die „bürgerliche“ FDP in das eigene Lager zu integrieren. Und nun kann die Union, egal, unter welchem Parteivorsitzenden, länger in der Opposition verharren, selbst wenn das Dreierbündnis nur leidlich funktioniert. Eine besondere Misslichkeit: Die beiden anderen Oppositionsparteien, die AfD und Die Linke, scheiden für eine Zusammenarbeit aus. Einst dauerte es 13 Jahre, bis die Union wieder eine Koalition mit der FDP einzugehen vermochte.

Die normative Kraft des Faktischen ist oft stärker als die faktische Kraft des Normativen. Der ÖVP sollte dies bewusst sein. Solange sie die Grünen als Regierungspartner nicht verliert, ist es schwer, sie von der Macht zu verdrängen. Daher muss sie Kompromissbereitschaft zeigen.

Eckhard Jesse ist emeritierter Professor an der TU Chemnitz und seit 1989 Miterausgeber des Jahrbuchs „Extremismus & Demokratie“. Er war von 2007 bis 2009 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft.

MARCHFELDER ERBSEN!
DAFÜR LASS ICH JEDES AUTO STEHEN!



Unser Essen beeinflusst Umwelt und Landwirtschaft

Gastkommentar. Nachhaltigkeit muss nicht immer Verzicht heißen. Ein gesunder, aber ökologisch behutsamer Ernährungsstil ist möglich.

VON FRANZ FEHR UND THOMAS LINDENTHAL

Ist Ernährung wichtig für unsere individuelle Gesundheit? Ja, aber unsere Ernährung hat auch maßgeblichen Einfluss auf unseren ökologischen und sozialen Fußabdruck. Im Moment verursacht unser Ernährungsstil viele ökologische und sozio-ökonomische Probleme in der Landwirtschaft und im gesamten Lebensmittelsektor. Zudem ernähren wir uns viel zu ungesund und verschwenderisch: Gegenwärtig essen wir rund 63 kg Fleisch pro Person und Jahr. Wir nehmen auch zu viel Kalorien zu uns und fast ein Drittel der Lebensmittel landen im Abfall.

Die Lebensmittelproduktion für unser Essen hat eine oft umfangreiche Wertschöpfungskette, die in der Regel von der Landwirtschaft und seinen Vorketten (Produktion der Düngemittel und Futtermittel sowie der Pestizide) bis hin zum Lebensmittelhandel und zur Außer-Haus-Verpflegung reicht. Un-

gesund. Der viel zu hohe Fleischkonsum führt nicht nur zu gravierenden Gesundheitsproblemen wie z. B. Herz-Kreislauf-Erkrankungen, sondern verursacht auch sehr hohe CO₂-Emissionen und ist bei uns derzeit der wesentliche Treiber der Biodiversitätskrise und der Gewässerverschmutzung.

Hoher Lebensmittelabfall
Zudem führt der hohe Lebensmittelabfall sowie der in der konventionellen Landwirtschaft praktizierte hohe Einsatz an Mineraldüngern und Soja-Importfuttermitteln zu weiteren hohen CO₂-Emissionen. In Verbindung mit dem Pestizideinsatz entstanden in den vergangenen Jahrzehnten auch bedrohliche Biodiversitätsverluste sowie ein Rückgang der Bodenfruchtbarkeit, Bodenerosion, Schadstoffbelastungen des Grundwassers und Überdüngung der Gewässer. Das Soja-Futter unserer Schweine- und Hühner- >

Unser gegenwärtiger Ernährungsstil ist verschwenderisch und

ungesund. Der viel zu hohe Fleischkonsum führt nicht nur zu gravierenden Gesundheitsproblemen wie z. B. Herz-Kreislauf-Erkrankungen, sondern verursacht auch sehr hohe CO₂-Emissionen und ist bei uns derzeit der wesentliche Treiber der Biodiversitätskrise und der Gewässerverschmutzung.

Hoher Lebensmittelabfall

Zudem führt der hohe Lebensmittelabfall sowie der in der konventionellen Landwirtschaft praktizierte hohe Einsatz an Mineraldüngern und Soja-Importfuttermitteln zu weiteren hohen CO₂-Emissionen. In Verbindung mit dem Pestizideinsatz entstanden in den vergangenen Jahrzehnten auch bedrohliche Biodiversitätsverluste sowie ein Rückgang der Bodenfruchtbarkeit, Bodenerosion, Schadstoffbelastungen des Grundwassers und Überdüngung der Gewässer. Das Soja-Futter unserer Schweine- und Hühner- >

PIZZICATO

Aus dem Schatten

Sebastian Kurz kann es nicht gewusst haben. Wie auch, er ist ja „weder Heiliger noch Verbrecher“, wie er selbst bei seiner Abschiedsrede gesagt hat. Amüsant ist es dennoch, dass sich der türkise Altkanzler ausgerechnet an jenem Tag komplett von der politischen Bühne verabschiedet hat, an dem die APA und die Gesellschaft für Österreichisches Deutsch das „Wort des Jahres“ verkündet haben: „Schattenkanzler“. Wie zum Trotz sagte Kurz damit: Das neue Wort des Jahres ist schon wieder Geschichte und passé. Ich gehe. Nix mehr Kanzler. Nix mehr Schatten. Ätsh!

Zum Tag passt auch der im selben Voting ermittelte Spruch des Jahres, den der frühere Neos-Chef Matthias Strolz Anfang Oktober in einem ORF-„Zentrum“ der tapferen Ministerin Elisabeth Köstinger entgegenrief: „Eli, es ist vorbei!“ Vielleicht versteht sie heute, was Strolz damals gemeint hat.

Vorbei ist es jetzt wirklich bald auch für Angela Merkel. Just am großen Tag von Sebastian Kurz, der deutsche Medien auch sehr interessierte, fand der Große Zapfenstreich für sie statt – mit Liedern von Hildegard Knef und Nina Hagen, wie sie es sich gewünscht hatte. Ihr allerletzter Tag als Kanzlerin ist aber erst der 7. Dezember. Somit hat sie den jungen Ösi-Kollegen Kurz sogar im Finish noch überdauert. Es brechen ganz neue Zeiten an.

Reaktionen an: anna.wallner@diepresse.com

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:
Die Presse, Hainburger Straße 33,
A-1030 Wien oder an
leserbriefe@diepresse.com

Medienpolitischer Schritt in Richtung Zensur

„Ein EU-Newsroom gegen Fake News“, von Oliver Grimm, 30. 11. Die EU-Kommission unternimmt im Licht der zusehends die Demokratie und Grundrechte gefährdenden Desinformation in mehreren ost- und südosteuropäischen Ländern einen medienpolitischen Schritt in Richtung Zensur. Weil es ihr nicht passt, wie über sie berichtet wird. Sie lässt sich das zwar nur 1,76 Mio. Euro kosten, aber jeder Cent, der die Meinungsfreiheit einschränkt, ist zu viel. Nichts gegen die Zusammenarbeit nationaler Presseagenturen, die ist sicher sinnvoll. Muss das aber von der EU finanziert werden? So etwas wird doch Polen und

Ungarn vorgeworfen. Auch wenn die Agenturen die redaktionelle Unabhängigkeit betonen, soll nicht der Schein entstehen, dass die Kommission auf die Presse Einfluss nehmen will. Ein Glück, dass vor ein paar Tagen Wolfgang Böhm („Die Presse“, 30. 11.) vor der EU-Vormundschaft über Osteuropas Medien gewarnt hat. **Felix Mayrhofer**, 3032 Eichgraben

Das grausliche Gegenteil von Kompetenz

„Auf Lockdown-Ende folgt 2-G-plus“, Interview mit Peter Hacker, von Köksal Baltaci, 27. 11. Ein sehr informativer Artikel über die Zeit nach dem Lockdown in Wien. Das Neue: Die 2-G-plus-Variante ist geplant. Ab jetzt legt sich meine Stirn in Runzeln. Ich habe am 21. 10. auf mein starkes Drängen hin bei meinem Hausarzt die dritte Impfung erhalten. Mein Plan war, gut vorbereitet zu sein für einen Wien-Aufenthalt im Dezember. Karten für das Theater wurden geordert, das Hotel reser-

viert, und man sah dem baldigen Jahresende in Wien mit Freude entgegen. Jetzt leben wir wieder einmal im Lockdown, da wir es noch immer nicht schaffen, eine gewisse Impfquote zu erreichen. Es ist halt eine Frage der Kompetenz, im politischen Leben einmal Flagge zu zeigen und nicht monatelang daherzulauern.

Am vergangenen Sonntag ein Bericht im ORF über den Salzburger Flughafen, wo eine volle Maschine die Menschen nach Ägypten in den Urlaub fliegt, keiner der Fluggäste hat ein schlechtes Gewissen. Alle werden in einer Woche nach Österreich zurückkehren, ohne irgendwelche Konsequenzen. Als dreifach Geimpfter kann man nach Wien reisen und muss bei jedem Besuch eines Restaurants oder öffentlicher Einrichtungen einen PCR-Test vorweisen; derzeitige Dauer für das Testergebnis zwei bis drei Tage! Wenn ich als dreifach Geimpfter keinen Bonus mehr habe, dann wird für mich die Akzeptanz der Maßnahmen schwierig. >

ber der Regenwaldabholzung. Menschenverachtende Methoden und der Landraub durch internationale Agrarkonzerne zerstören auch die Lebensgrundlage von indigenen Völkern und Kleinbauernfamilien im globalen Süden – auch das ist mit der Wahl unserer Lebensmittel direkt verbunden.

Zudem existieren Probleme im Bereich des Tierwohls und des Tierschutzes und das sowohl in der landwirtschaftlichen Tierhaltung als auch im Bereich der Schlachtungen, weil weiterhin vielfach nach möglichst billigen Lebensmitteln verlangt wird.

Die Absenkung der Preise und die nationale und internationale Marktstruktur führen aber auch zu einer Vielzahl sozio-ökonomischer Probleme in der Landwirtschaft und nachgelagerten Bereichen. Dies betrifft u. a. den starken Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe bzw. die Überschuldung der verbleibenden Betriebe (die mit dem Ausbau ihrer Kapazitäten ums Überleben kämpfen). Eine geringe Krisenrobustheit durch zu stark global ausgerichtete Lieferketten und Zentralisierungen ist eine weitere Folge dieser jahrzehntelangen Entwicklung.

Fleischkonsum senken

Deutliche Reduktion des Fleischkonsums: Wenn wir unseren täglichen Fleischkonsum wie beschrieben auf ein Drittel senken, dann können nicht nur der damit verbundene Verbrauch von Wasser und Boden in der landwirtschaftlichen Produktion deutlich reduziert werden. Es würden damit auch Herz-Kreislauf-Erkrankungen fast halbiert sowie Übergewicht, Fettleibigkeit und Diabetes stark vermindert werden. Diese deutliche Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung würde wiederum volkswirtschaftlich umfangreiche Einsparungen im Gesundheitsbereich bewirken.

Der Ernährungsstil ist in Österreich auch geschlechtsspezifisch ausgeprägt. Männer konsumieren im Schnitt doppelt so viel Fleisch

DIE AUTOREN



Franz Fehr ist SDG-Koordinator im Rektorat der Universität für Bodenkultur Wien (BOKU), Scientist for Future, Umweltgemeinderat und Ratsvorsitzender von UniNETZ.



Thomas Lindenthal forscht und lehrt am Zentrum für globalen Wandel und Nachhaltigkeit an der BOKU Wien, der Allianz nachhaltige Universitäten und im Projekt UniNETZ.

[Beigestellt]

wie Frauen. Durch gendersensible Pädagogik könnte schon ab dem Kindergartenalter eine Basis geschaffen werden, wie man diese Verhaltensweisen und somit auch starre Ernährungsmuster aufbrechen kann.

Verstärkter Konsum von saisonalen und regionalen Bioprodukten: Der Biolandbau mit seinen strengen Richtlinien hat nicht nur deutlich geringere Treibhausgasemissionen pro Fläche und vielfach auch pro kg Produkt, sondern fördert die Bodenfruchtbarkeit sowie den Schutz von Biodiversität und Gewässern. Es stellt sich auch die Frage, welche Art von Landwirtschaft unsere ländlichen Regionen prägen soll. Der Wert der ökologischen Bewirtschaftung unseres Lebensraumes sollte aus gesellschaftspolitischer Sicht stärker in den Fokus der Diskussion rücken.

Verringerung des Lebensmittelabfalls: Die deutliche Reduktion der vermeidbaren Lebensmittelabfälle ist eine sehr wirksame Nachhaltigkeitsmaßnahme, mit der auch der Druck auf die Landwirtschaft gesenkt werden kann. Es muss dabei in allen Bereichen der Wertschöpfungsketten angesetzt werden, insbesondere bei den Haushalten (wo über 500.000 Tonnen vermeidbare Lebensmittelabfälle anfallen) sowie in der Gastronomie bzw. der Außer-Haus-Verpflegung.

Fördern und Fordern – nicht nur die persönliche Kaufentscheidung vieler Einzelner ist von hoher Bedeutung. Politik und Verwaltung können und müssen in hohem Maße zu nachhaltiger Ernährung beitragen. Sei es durch Wissensvermittlung und Bewusstseinsbildung, durch Förderung nachhaltiger Produktionsmuster wie der biologischen Landwirtschaft oder Kontrolle und Kennzeichnungspflichten für Lebensmittel. Jedenfalls kontraproduktiv sind Werbekampagnen für konventionell produzierte tierische Produkte – „Fleisch bringt's“ ist weder aus sozialer, gesundheitspolitischer, ökologischer und tierwohlorientierter noch aus wirtschaftlicher Sicht nachhaltig. Eine gesunde, klimafreundliche und auch nachhaltige Ernährung ist ein Gebot der Stunde. Die Wege dorthin sind weitestgehend bekannt und machbar. Sie endlich verstärkt zu gehen, braucht den Mut und die Entschlossenheit zur Nachhaltigkeit.

Dieser Text ist Teil einer Artikelreihe, die das UniNETZ an dieser Stelle jeden Freitag publiziert. Die Allianz Nachhaltiger Universitäten in Österreich hat 2019 ein Projekt unter dem Titel „UniNETZ – Universitäten und nachhaltige Entwicklungsziele“ entwickelt.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

QUERGESCHRIEBEN

VON CHRISTIAN ORTNER



Heißt Freiheit, frei von Empathie und Verantwortung zu sein?

Liberal zu sein in Zeiten der Pandemie ist nicht ganz einfach. Aber es geht durchaus – die Gründerväter des Liberalismus helfen uns dabei.

Wer versucht, ein einigermaßen liberal denkender Zeitgenosse zu sein, hat seit dem Ausbruch der Pandemie zu all den Problemen, die uns Corona bereitet, auch noch eine veritable intellektuelle Herausforderung zu meistern. Denn im Gegensatz zu Linken, denen es nie genug vom starken Staat geben kann, und Rechten, die das genauso sehen, zwingt Corona den Liberalen in ein gehöriges Dilemma. Die Bekämpfung der Seuche erzwingt massive Einschränkungen jener Freiheitsrechte, die für den Liberalen besondere Bedeutung haben. Unter den Bedingungen einer Pandemie scheint daher echter Liberalismus ein Ding der Unmöglichkeit zu sein, will man nicht den Kollaps des Gesundheitssystems riskieren.

Dazu kommt, dass in der Pandemie der Staat zum dominanten Akteur wird – werden muss? –, während Selbstbestimmung und Eigenverantwortung zu Synonymen für Scheitern und Versagen werden. Auch das ist mit liberaler Gesinnung nicht zu vereinbaren.

Liberalen, die da einen Kompromiss suchen, müssen mit einer Fatwa jener rechnen, die sich als die Gralshüter des wahren Liberalismus verstehen. Weil etwa ich als bekennender Liberaler grundsätzlich für Freiheitsbeschränkungen wie das Tragen einer Maske, die Reduktion der Kontakte oder das Impfen argumentiere, darf ich mir von ehemaligen liberalen Mitstreitern anhören, ein „Verräter“ zu sein, ein „Coronazi“, ein „bezahlter Scherge der Corona-Diktatur“, ein „Systembüttel“, der den „Maulkorb“ auch noch genieße. Und so fort.

Nun kann ich damit gut leben; dass die eh schon kleine Gruppe der ernsthaften Liberalen gegenseitig über sich selbst herfällt wie die „Jüdische Volksfront“ über die „Volksfront von Judäa“ in Monty Pythons „The Life of Brian“, hat eine unterhaltsame Note. Doch dahinter steht ein ernsthaftes Problem des Liberalen: die Abwägung zwischen der Freiheit des Einzelnen und deren unter ganz außerordentlichen Umständen temporär notwendigen Beschränkung.

Orientierung kann ein Blick in die Schriften des liberalen Vordenkers John Stuart Mill (1806–1873) geben. Für ihn ist Freiheit „der erste und stärkste Wunsch der menschlichen Natur“ und genießt entsprechenden Schutz. Mit einer Einschränkung: „... dass der einzige Grund, aus dem die Menschheit, einzeln oder vereint, sich in die Handlungsfreiheit eines ihrer Mitglieder einzumischen befügt ist: sich selbst zu schützen. Dass der einzige Zweck, um dessentwillen man Zwang gegen den Willen eines Mitglieds einer zivilisierten Gesellschaft rechtmäßig ausüben darf, der ist: die Schädigung anderer zu verhüten.“

Das ist ein sehr moderner Begriff von Liberalismus, der pragmatisch abwägt, wo die äußersten Grenzen der Freiheit des Einzelnen zu ziehen sind. Wenn in einer Pandemie aber das Verhalten Einzelner „die Schädigung anderer“ (Mill) zur Folge haben kann, dann ist die Einschränkung derer mit liberaler Gesinnung durchaus vereinbar. Wichtig ist nur die strenge Güterabwägung im Einzelfall; nicht leicht, aber durchaus möglich. Und natürlich immer penibel demokratisch zu legitimieren.

Man kann noch einen Schritt weiter gehen und all jenen, die unter dem Deckmantel ihrer vermeintlichen Freiheit in diesen Tagen auf die Straße gehen, vorhalten: „Das Verhalten gewisser Gruppen in der Pandemie wird den Begriff Freiheit stark beschädigen.“ So beschreibt der deutsche Arzt und Publizist Philipp Holstein das Phänomen: „Diejenigen, die diesen Begriff gerade besetzen, meinen eine individuelle, narzisstische ‚Freiheit‘, die im Wesentlichen beinhaltet, frei von Verantwortung und Empathie zu sein... Freiheit wird umdefiniert, als die Freiheit, auch kleinste Einschränkungen zum Wohle anderer, ggf. Schwächerer ablehnen zu dürfen und im Pseudofreiheitskampf sogar ablehnen zu müssen.“

Ein Blick auf die Demos der Entwurfmittel-Freunde und ihr Publikum kann beim Verstehen dieses Zusammenhangs übrigens erhellend sein.

Zum Autor:

Christian Ortner ist Kolumnist und Autor in Wien. Er leitet „ortneronline“. Das Zentralorgan des Neoliberalismus“.

“
Unter den Bedingungen einer Pandemie scheint echter Liberalismus ein Ding der Unmöglichkeit zu sein...“

Morgen in „Quergeschrieben“:
Anneliese Rohrer

Nichtgeimpfte machen unser Leben zur Qual, dürfen aber ohne Maske demonstrieren, dafür in Begleitung der Polizei, zum Schutz! Erste Priorität wäre, dass die Ungeimpften ihre Dosis bekommen, und nicht die dreifach Geimpften mit Maßnahmen zu quälen! Herr Stadtrat, Sie sind einer der wenigen vernünftigen Politiker, die sich in der Pandemie bisher erfolgreich für den Schutz der Bevölkerung eingesetzt haben. Nur sollte dies mit Maß und Ziel erfolgen. Ich weiß, wovon ich als Oberösterreicher spreche, wir erleben hier seit Wochen das grausliche Gegenteil von Kompetenz.
Gerhard Schullerer, 4020 Linz

Weltweite Impfpflicht

Zu Pandemie und Impfpflicht
Die Welt wird die Coronapandemie mit ständig verschiedenen Länderverordnungen und dazu noch unterschiedlichen Bestimmungen in verschiedenen Regionen innerhalb der Länder niemals beenden können. In einer globalisierten Welt ist dieses Herumwurschteln einfach sinnlos, wie man auch an ständig neuen Varianten des Virus sieht. Einzelne Länder mit Impfpflicht können das Pandemiegeschehen nicht verhindern. Einzig eine weltweite Impfpflicht könnte das Virus, wie damals die Pocken, ausrotten. Das könnte die WHO organisieren.
Susanne Riedl, 1230 Wien

Zum Fürchten
„Wenn die Preise auf Rekordjagd gehen“, *LA von Josef Urschitz*, 1. 12. Ich weiß nicht, ob ich mich über diesen Leitartikel ob seiner Brillanz freuen soll oder ob ich mich ob der darin enthaltenen Aussagen fürchten soll. Wahrscheinlich beides. Aber ganz sicher zum Fürchten ist das im letzten Absatz Enthaltene. Darin stellt Urschitz exakt fest, dass die EZBler natürlich wissen, wie man eine Inflation bekämpft. Um den Leser dann mit dem Satz „Aber sie wollen oder dürfen (etwa aus politischen Rücksichten) nicht“ endgültig das Fürchten zu lehren.

Zum Fürchten

„Solidarität mit dem Handel!“, *Kommentar von Norbert Rief*, 1. 12. Diesem Kommentar ist absolut zuzustimmen. Es stimmt jedoch nicht, dass das eine „kleine Revolution“ ist. Ich darf in Erinnerung bringen, dass es vor vielen Jahren zwei Sonntage vor Weihnachten den Silbernen Sonntag und einen Sonntag vor Weihnachten den Goldenen Sonntag gab. An diesen beiden Sonntagen waren alle Geschäfte geöffnet.
Dr. Christian Leydolt, 1020 Wien

Dabei liegt es doch auf der Hand, dem Club Med und Herrn Draghi mit einer vorerst sehr kleinen Zinserhöhung eine Rute ins Fenster zu stellen, verbunden mit der deutlich ausgesprochenen Warnung: „Die den Club Med finanzierenden Staatsbürger der restlichen Staaten werden der Plünderung ihrer Sparbücher durch die reformresistenten Club-Med-Staaten nicht mehr lang zusehen.“
Werner Klug MA, 3470 Kirchberg

Der Goldene Sonntag

„Solidarität mit dem Handel!“, *Kommentar von Norbert Rief*, 1. 12. Diesem Kommentar ist absolut zuzustimmen. Es stimmt jedoch nicht, dass das eine „kleine Revolution“ ist. Ich darf in Erinnerung bringen, dass es vor vielen Jahren zwei Sonntage vor Weihnachten den Silbernen Sonntag und einen Sonntag vor Weihnachten den Goldenen Sonntag gab. An diesen beiden Sonntagen waren alle Geschäfte geöffnet.
Dr. Christian Leydolt, 1020 Wien

Hinein kommt man stets leichter als heraus!

„EU fehlen neun Millionen Unternehmer“, *von Jakob Zirm*, 30. 11. Die OECD beklagt Wirkungen statt Ursachen. Die fehlende Risikobereitschaft von Banken (Basel III) sowie rigide Haftungsbestimmungen im Bereich Finanzamt, Sozialversicherungen und Kommunalsteuern kriminalisieren Unternehmer, falls die Pläne scheitern. Auch Gründungshelfer sind dann nicht mehr dabei, wenn sich der Businessplan als Irrtum erweist. Die WKO lockt mit „Gründungszuckerln“ in die Risikobereitschaft, lässt jedoch Gestrandete beim Ausstieg im Stich. Es spricht sich herum, wie sich die Behördenhierarchie beim Ausstieg verhält. Intelligente Leute prüfen vor einer Firmengründung sorgfältig die Risiken, daher hinkt Österreich bei der Gründungsbereitschaft hinterher. In den USA wird der „Lerngewinn des Scheiterns“ zu einem Re-Start mitgenommen. Bei uns werden oft ganze Familien samt

Bürgen in die Armut gestoßen. Mit der Zentralisierung im Finanzamt und Separierung für „Teamexperte Prüfer Spezial“ (Sanierung) werden Unternehmer als Objekte behandelt (vgl. Milgram-Experiment). Bei Insolvenz werden angesehene Kaufleute sozial gedemütigt. Die Scham sitzt bereits bei der Betriebsgründung als Angst tief im Nacken. Hinein kommt man stets leichter als heraus!
Dr. Johann Hühnmair, em. Sanierungsbegleiter, 4840 Vöcklabruck

IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Mag. Anna-Maria Wallner, LL.M.
Twitter: @media_wall
Online: Stefanie Kompatscher
E-Mail: debatte@diepresse.com
Redaktion Leserbriefe: Henriette Adrigan, Ursula Mayer
E-Mail: leserbriefe@diepresse.com
Debatte Online: diepresse.com/meinung
Debattenbeiträge müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen.
Leserbriefe: Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.